

Diskussionsantrag der AG Wolf des LJVSN zum Landesjägertag Sachsen am 28.05. 2022

Sehr geehrte Delegierte der Jägerschaften!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Verehrte Gäste!

Obwohl wir alle in der aktuell brüchigen und gefährdeten politischen Situation in Europa Unruhe, Sorgen und Ängste erleben, muss es uns heute trotzdem um die Standortbestimmung der Jagd und um die Beurteilung unseres Tuns gehen. Dabei wissen wir, wenn auch die Jagd in Deutschland noch durch ein Gesetz geschützt ist, sie war noch nie so gefährdet wie heute.

Da unsere Jagd wie vieles andere Freunde und Feinde hat, ist es wichtig, das Weidwerk und die Jägerschaft besonders im Zusammenhang der vielfältigen Aspekte von Ökologie, Ökonomie und der Philosophie zu betrachten.

Daraus ableitbar sind Erkenntnisse und Schlussfolgerungen, wirksame Signale für die Handlungsfähigkeit und Achtung eines Landesjagdverbandes und eine sichere Zukunft der Jagd. Darin besteht die Hauptaufgabe eines Jägertages, und dieser fühlen wir uns verpflichtet.

Zunächst unsere Auffassung zu staatlicher Jagdpolitik, Wolfsmanagement, politischer Realitätsverweigerung und notwendigen Schlussfolgerungen.

Mittlerweile 22 Jahre Wiederbesiedlung der Wölfe in Mitteleuropa offenbaren eine hohe Konfliktdimension, insbesondere resultierend aus der Prädation von Weide- und Haustieren, aber auch durch Auswirkungen auf die Jagdwirtschaft und die Prädation von Wildtieren sowie durch Belastungen der Menschen im ländlichen Raum.

Allein die Tatsache, dass nach zwei Jahrzehnten keine Konfliktlösung in Sicht ist, beweist ein völlig falsches, desaströses staatliches Wolfsmanagement in Deutschland. Seit neun Jahren stellt sich die AG Wolf der Aufgabe, den Umgang mit dem Großraubtier Wolf im Interesse der betroffenen Landnutzer nachhaltig und auf wissenschaftlicher Grundlage basierend zu verändern. Über die eigenverantwortlichen Maßnahmen unserer AG haben wir wiederholt informiert, erfreulicherweise können wir das seit Amtsantritt des jetzigen Präsidiums auch direkt als Stimme des Landesjagdverbandes Sachsens.

Bezüglich der aktuellen Arbeit verweise ich auf die seitens des DJV kurzfristig von Sachsen abgeforderten Stellungnahmen zum Entwurf des Positionspapieres DJV „Der Wolf in Deutschland“ und zum Entwurf einer „Handlungsrichtlinie für ein praxisorientiertes Wolfsmanagement in der Kulturlandschaft Deutschland“ des Brandenburger Forum Natur. An den Präsidenten des DJV Dr. Böhning gerichtet, verfassten wir einen Appell für ein „Wolfsmanagement und die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd in Deutschland“. An den Fraktionsvorstand der CDU im Landtag Sachsen richteten wir den Antrag „Verbesserung der Sächsischen Wolfsmanagementverordnung vom 15.05 2019 durch den Landtag von Sachsen.“

Aber wie realitätsentrückt, absurd, verlogen und befangen sich auch heute noch staatliches Wolfsmanagement präsentiert, beweist uns die vorliegende Beantwortung einer kleinen Anfrage eines Abgeordneten des Sächsischen Landtages durch den Minister Wolfram Günther. Datiert am 06. April 2022 bekommt man dort zu lesen, eine seit Juni 2021 arbeitende Bund-Länder-Arbeitsgruppe könne erst im Jahre 2025 !!! einen Referenzwert für die Größe des „Günstigen Erhaltungszustandes“ des deutschen Wolfsbestandes vorlegen. Danach könne man über weitere Managementmaßnahmen nachdenken. Der Freistaat Sachsen sei ja mit einem Mitarbeiter in dieser

Arbeitsgruppe vertreten. Wir kennen diesen Mitarbeiter nicht! Wir kennen aber die Vorliebe der Beamten, lieber ohne eine Beteiligung von betroffenen Verbänden zu arbeiten.

Es zeigt sich erneut, Natur- und Jagdpolitik wird aus rein politisch – ideologischer Sicht und angemaßter Deutungshoheit, ohne nennenswertes Fachwissen, betrieben. Das Restvertrauen an funktionierende Demokratie, an die Einbeziehung der von der Wolfsbesiedlung betroffenen Menschen in ländlicher Region in Entscheidungsfindungen haben wir nun absolut verloren. Diese politischen Funktionäre sind nicht bereit, unwiderlegbare wissenschaftliche Fakten und Erkenntnisse sowie Erfahrungen der Nachbarländer im Umgang mit dem Wolf als Basis ihrer Entscheidungen zu akzeptieren.

Da der Gegenstand jeglicher Schutzplanung für Wildtiere die gesamte biologische Einheit, also die Population ist, ist diese auch entsprechend der Leitlinien der IUCN und der EU die Basis für die Beurteilung des Zustandes des deutschen Wolfsbestandes. Die immer wieder postulierte Vielzahl vermeintlicher Wolfspopulationen (u.a. mitteleuropäische, atlantische, alpine) erfolgt aus rein politischen Gründen, um den hohen Schutzstatus des deutschen Wolfes recht lange aufrecht zu erhalten. Aus wissenschaftlichen, populationsbiologischen Gründen ist das nicht nachvollziehbar. Die starke Vermehrung der Wölfe in den letzten 22 Jahren ergibt auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze schon so viele Wölfe, dass der „Günstige Erhaltungszustand“ schon lange erreicht und weit überschritten ist.

Mit der Anzahl der Wölfe, ihrer genetischen Vernetzung mit anderen Populationen und dem geeigneten Lebensraum ist das langfristige Überleben absolut gesichert. Offiziell zugegeben leben heute in Deutschland 157 Wolfsrudel, geschätzt schon über 2000 Wölfe, dazu auf polnischer Seite mindestens 95 Rudel. Damit besteht die deutsch-westpolnische Population bereits aus 252 Rudeln. Da es sich dabei um keine isolierte Population handelt, benötigt man für einen „Günstigen Erhaltungszustand“ aber nur lediglich 250 geschlechtsreife Wölfe. Nun meint jedoch Minister Günther, man brauche noch die Zeit bis 2025, um das festzustellen. Es ist die Frage zu beantworten, wie kam es zu dieser heutigen realitätsfremden, unverständlichen politischen Haltung zur Wolfsthematik?

Die schnell nach den ersten Nutztierangriffen der Wölfe in Sachsen auftauchende These, diese ansässig werdenden Wölfe seien eine eigene, im Bestand gefährdete und deshalb streng zu schützende Population, wurde von sog. Umweltschutzverbänden, deren Interessenvertretern und Profiteuren perfekt in medialen Umlauf gebracht. In den ersten Jahren erleichterte das der Umstand, dass diese Wölfe weit weg, irgendwo am Ende der Welt, auf einem Truppenübungsplatz in der Oberlausitz, leben sollten. Dieser oberflächlichen Betrachtung unterlagen auch Teile sächsischer Jägerschaften in Mittel- und Westsachsen. So schwärmten dann die Wolfsbotschafter- und -berater, die Spendensammler und sogn. „Experten“ aus. Es fand eine seinesgleichen suchende mediale Wolfsverklärung und -verniedlichung statt, die heute fast in den Köpfen einbetoniert erscheint. Getrieben von Profilneurose, versucht man mit erstaunlicher Ausdauer, der Bevölkerung eine bedingungslose Liebe zu Wölfen anzuerziehen und ihr Naturverständnis umzukrempeln. Der Wolf wird als politisches Werkzeug missbraucht, er wurde als grünes Geschäftsmodell eine Geldmaschine, die eine Ideologie in gigantische Spenden verwandelt. Das sorgte dafür, Naturschutzfunktionäre in Regierungsamter zu bringen und den Wolf in einen gesellschaftlich positiv belegten Heilsbringer zu verwandeln. Und was so einträglich funktioniert, soll tunlichst lange währen, man muss nur eine aus naturschutzfachlicher Sicht schon lange mögliche Schutzstatusabminderung des Wolfes verhindern, und sei es durch absichtlich falsche Darstellung von Bestandsgröße der Wölfe und des Populationszustandes (im Monitoringbericht des Bundesamtes für Naturschutz 2020/21 an die EU werden 429 Wölfe für Deutschland gemeldet).

Was das deutsche Projekt Wolf den Steuerzahler bislang schon kostete und noch kosten wird, wie viele Personen in den neu geschaffenen Behörden und Ämtern von Bund bis zu den Kreisen sich bestens bezahlt um das Wohl des Wolfes bemühen, darüber schweigt der Umweltminister Höflichkeit. Als Optimist könnte man bei der neulich medialen Ankündigung von Finanzminister Lindner, ab 2023 eine veränderte Fiskalpolitik mit deutlich reduzierten staatlichen Ausgaben zu planen, fast meinen, er habe dabei auch an deutsche Wölfe gedacht.

Gegenwärtig ist außerdem von der AG Wolf ist ein Pilotprojekt „Hege von Niederwild, Bodenbrüter und Insekten Im Naturpark Zittauer Gebirge“ konzipiert und eingeleitet worden, offiziell stellen wir hiermit den Antrag auf die mögliche Finanzierung aus der Jagdabgabe und die Projektträgerschaft.

Nun einige Gedanken zu selten angesprochenen Fragen und Themen:

Gefreut haben wir uns über den in „Sachsen/Jäger“ 2/22 zu lesenden Beitrag von Vizepräsident Bernstein „Brandenburg, oh Brandenburg“ und über das Interview von Präsident Wellershoff in „Unsere Jagd“ 6/22 über „Kampf gegen ein grünes Jagdgesetz“. Hier werden Denkansätze zu den gegenwärtig existentiell wichtigen Fragen der Jagd deutlich angesprochen. Gerade diese sollten stärker als bisher das Nachdenken und Handeln aller Jäger bestimmen.

Unübersehbar für uns alle ist doch, Jägern werden immer mehr Einschränkungen zugemutet, Jagdrecht und- ausübungsrecht werden immer weniger wert, wir haben die begründete Angst, dass Ideologen bald das Jagdrecht bestimmen. Bestes Beispiel dafür der Entwurf eines neuen Jagdgesetzes in Brandenburg. Ähnliches erlebten wir schon mit der Novellierung Sächsisches Jagdgesetz 2011, dazu zähle ich auch die von Ideologen bewusst erdachte Spaltung zwischen Jagd und Forst mit der Strategie „Wald vor Wild“ aus schnöden wirtschaftlichen Interessen.

Das Weidwerk befindet sich zwischen der Politik auf der Wahrheitssuche. Gegenüber einer kritischen Gesellschaft ist gerade für die Jagd die Wahrheit immer noch das stärkste Argument, nur mit ehrlichem Auftreten kann die Jagd besser verstanden, vielleicht sogar gesellschaftlich besser akzeptiert werden. In den Ausbildungsbüchern für Jäger fehlt absolut ein solches Gedankengut, obwohl es direkt zur Basisausstattung gesellschaftspolitisch „gerüsteter“ Weidleute gehören sollte. In die Zusammenhänge von Politik und Jagd kann man gut überlieferte Aussagen von Bundeskanzler K. Adenauer einordnen, wenn er feststellte „Politik ist die Kunst, das auf ethischer Grundlage als richtig Erkannte zu verwirklichen“ oder er in seiner letzten öffentlichen Rede im Februar 1967 in München sagte: „...wenn jemand Schlafende aufweckt, damit sie aufpassen, dann ist das kein Störenfried. Ich möchte rufen, seid wach! Seid wach für die kommenden Jahre!“

Ja, auch aus der Sicht unserer bisherigen Erfahrungen der AG Wolf sind in vielen Jägerschaften noch zahlreiche schlafende Weidgenossen sinnbildlich zu wecken. Denn es ist unverständlich, dass sich von so vielen Jagdscheininhabern nur so wenige ernsthaft dafür interessieren, was von ihnen gewählte Präsidenten, Jägermeister, Obleute und Hegeringleiter leisten und welche Vorschläge diese für das Funktionieren und die Zukunft der Jagd haben. Man lebt halt so in den Tag hinein mit dem „lasst mich am besten in Ruhe“!

Dafür ist sicher auf Ursachen zu verweisen, zumal sich viele unter uns noch an Zeiten erinnern, wo eine Jägergruppe, ein Hegering keine anonyme Haufen, eher angesehene Institutionen waren, wo man sich kannte, gegenseitig half, Treffs gut besucht waren, wo es um Jagdhandwerk und Hege ging – nicht wie heute um Technik und Schießen.

Die Ursachenfrage sollte uns schon umtreiben, zumal nur damit erkannte Fehler und Schwächen abzubauen sind. Unsere Jagd braucht heute dringend solche gedanklichen Ansätze, wenn wir sie als eigenständigen Rechtsbereich und somit als Wertfaktor erhalten wollen.

Der heutige Zustand des Jagdwesens resultiert zunächst aus den von den Jägern unbeeinflussbaren

gesellschaftlichen Entwicklungen.—Da die profane Geschichtsvergessenheit den Verlust von Zusammengehörigkeit und Identität bewirkt, Jagdkultur ohne Kenntnis jagdlicher Tradition nicht existieren kann, hier wenige Daten zur Erinnerung:

- 1848 wird dem Adel das Jagdprivileg entzogen, Bindung des Jagdrechtes an Grund und Boden, um 1900 war die Jagd für Regierende eine Selbstverständlichkeit, 1910 erste Internationale Jagdtausstellung in Wien zur Feier des 80.Geburtstages des „Allerliebsten Jagdherrn und Obersten Schirmherrn des Weidwerkes“ Kaisers Franz Josef I. mit der Zielstellung, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd darzustellen, Verständnis für ihren kulturellen Wert in die Öffentlichkeit zu tragen, am Ende des II. Weltkrieges zwei diametral entgegengesetzte gesellschaftliche und wirtschaftliche Systeme in Deutschland, die politische Wende 1989 mit gewaltigen Umbrüchen und völlig neuen Strukturen, Jagdgesellschaften und Wildforschungsgebiete der DDR aufgelöst, Streichung staatlicher Mittel für Wildforschung. Trotzdem gelang 1991 die Gründung der „Gesellschaft für Wildtier- und Jagdforschung“. Deren Erkenntnisse sind für uns wichtige Hintergrunds- und Basisinformationen für eine weidgerechte, wissenschaftlich begründete Wildbewirtschaftung. Allerdings müssen wir uns sagen lassen, diese Möglichkeiten werden in der Aus- und Weiterbildung der Jägerschaft nicht optimal genutzt.

Ich benenne auch einen selten benannten, aber wesentlich das Weidwerk beeinflussenden Faktor, die sogn. Industrielle Revolution, d. h. die rasante Entwicklung der Technik in den letzten 200 Jahren bis zum heutigen globalen Wandel, der mit Wucht die Lebensverhältnisse durcheinanderbringt. Ein entfesselter Markt, das ungezügelte Profitstreben des Kapitalismus ergeben den Verfall sozialer und moralischer Standards, die Gefährdung des sozialen Friedens. Zweifellos ist auch das ein wesentlicher Faktor des Zustandes der Jagdverbände, für die Schwierigkeit zu Geschlossenheit in Haltung und Handlung – das geht von „ich jage wie ich will, auch ohne Verbandsmitgliedschaft“ - bis zur föderalistischen Begrenzung notwendiger Entscheidungen.

Ein Schlüssel, aus dieser Falle heraus zu kommen, ist Bildung. Man muss Zusammenhänge und Wechselwirkungen erkennen, systemisches Denken ist gefragt.

Das es ohne geregelte Jagd und motivierte Jäger nicht geht, in unserer denaturierten Kulturlandschaft das Wild ohne Zutun des Menschen, ohne Hege, nicht überleben kann, ist einer urbanen Bevölkerung schwer zu vermitteln. Dabei werden von ideologischen Tier- und Naturschutzorganisationen und den Medien, ja von einer ganzen Industrie, Probleme durch Schwarzwild, Wolf und Waschbär ebenso selbstgefällig diskutiert wie über Nachtsichttechnik, Schonzeitreduzierung und „Wald vor Wild“. Auf diese Meinungsmacher, die mit Akribie ein Feindbild suchen und in den Jägern gefunden haben, hören „Neugrüne“ und andere Politiker oft eher als auf Schäfer, Landwirte, Jäger. Diese aber, die unmittelbar Betroffenen, hielten sich lange Zeit bescheiden zurück, wodurch jetzt ein Stadium erreicht ist, das eigentlich unhaltbar ist.

Es gibt aber eben auch genügend hausgemachte Fehler der Jägerschaften und Landesverbände, welche die gesellschaftliche Wahrnehmung der Jagd beeinträchtigen:

1. Ein duldsamer, Auseinandersetzungen vermeidender, der politischen Korrektheit unterstellter Arbeitsstil von Verbandsführungen. Das „nicht zur Wehr setzen wollen“, um Demokratie einzufordern gegen jagdpolitische Entscheidungen, die bis heute ohne ausreichende Einbeziehung der Jäger getroffen werden. Es ist nicht gelungen, naturentfremdete Politiker mit überzeugenden Argumenten wirksam zu erreichen.

2. Es ist dem DJV und den LJV bisher nicht gelungen, eine bundesweit einheitliche, geschlossene Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, es mangelt an Weit- und Langzeitbetrachtung, einem Zusammenhalt entgegen dem Föderalismus.

3. Wir haben keine wirklichen Verbündeten für die Sicherung der Jagd gewinnen können, bestenfalls nur für temporäre Kampagnen, positives Beispiel bietet Brandenburg mit dem Aktionsbündnis Natur. Wenn wir keine spürbare Solidarität für Schäfer und Landwirte beweisen, wird man sie der Jagd auch verwehren.

4. Unzureichende Einbindung der Wild -und Jagdwissenschaft in unsere praktische - und Öffentlichkeitsarbeit.

5. Im Jagdwesen wird die Bedeutung jeder jagdlichen Gemeinschaft als soziale Gruppe auf der Basis eines „Wir-Bewusstseins“ immer noch ungenügend erkannt, dass in allen Strukturen von Bund-bis kommunaler Ebene. Gegen die am besten gehüteten Tabus der Jägerschaft, Eitelkeit und Neid, erfolgt praktisch keine Einflussnahme, wo jeder nur nimmt, kann keine Kultur entstehen, es beeinflusst aber das sittliche Handeln des Einzelnen und der Organisation.

4. Fehler in der Aus -und Weiterbildung. Mit der bisherigen Überbetonung rein wissenschaftlicher Themen ergibt sich keine ausreichende Kompetenz der Jäger im Umgang mit der Natur, da die Gesamtzusammenhänge der Jagd aus kulturell- historischer, traditioneller und philosophischer Sicht dem kritischen Bürger nicht verdeutlicht werden können.

Wenn ich schlussfolgernd zusammenfassen darf:

-Die Zukunft der Jagd ist abhängig davon, wie wir uns selbst und unser Tun der Öffentlichkeit darstellen, im jagdlichen Diskurs und im notwendig authentischen Auftreten.

- Wir brauchen starke Jagdverbände, die sich aktiv einsetzen, den Mut haben, auch außerhalb des politisch aktuellen Zeitgeistes zu agieren.

- Vernünftiger, notwendig ist es, dass die Jägerschaft wieder Zivilcourage zeigt, geschlossen, selbstbewusster die realitätsfernen Darstellungen von „Möchtegern Natur- und Tierschützern“ widerlegt und beweist, dass Jagd notwendig ist.

- Wir sind auf die Akzeptanz von Nichtjägern angewiesen, wir brauchen wohlwollende Partner aus dem Lager der Grundeigentümer, der Landwirte, Nutztierhalter, Schäfer, Förster, Angler, Imker, Reiter, all jenen, denen die Natur nahe steht, nach dem Motto „Einigkeit macht stark“. Solange es aber ein „Gegen- statt ein Für- und Miteinander“ gibt, wird sich am jetzigen Zustand nichts ändern.

- Klarer müssen wir herausarbeiten, welche politischen Instrumente wann von der Jägerschaft in Anspruch zu nehmen sind.

- Der Weg aus dem politischen Brackwasser hin zu einer gedanklichen Klärung ist ein anstrengendes Aufwärtstreben. Erforderlich wird ein organisiertes Denken als Grundlage eines organisierten Handelns, - zu dem schon Goethe in „Wilhelm Meisters Lehrjahren“ sagte: „Handeln ist leicht, das Denken schwer, nach den Gedanken zu handeln aber ist unbequem!“

-Das an rechtliche Grundlagen und ethische Anforderungen gebundene Weidwerk erfordert Disziplin, besonders im Denken, man muss sich seiner Pflicht bewusst werden und Verantwortung tragen.

Verantwortungsvoll pro Gemeinwohl zu jagen, erfordert aber die Bereitschaft zu Eigeninitiative, also nicht nur an sich zu denken, sondern sich auch für andere und ein gemeinsames Anliegen einzusetzen.

-Kritisch haben wir uns alle zu hinterfragen, ist unsere Ordnung des Zusammenlebens den Anforderungen angepasst. Eine wetterfeste Ordnung ist eine Optimierungsaufgabe der Gegenwart und für die Zukunft, wenn die Jägerschaft eine glaubwürdige Gemeinschaft nach innen und außen bilden will.

Liebe Weidgenossen, wie für viele von Euch ist die Jagd Teil meines Lebensentwurfes, ist mir Teilhabe

an der Natur und Bindung an Heimat. Die Gegenwart zeigt uns, ebenso unser Landesjägertag heute, die Jagd steht unter einem bedrohlichen Druck wie nie zuvor. Deshalb rufe ich euch auf, im besten Sinne persönlich und in euren Jägergruppen aktiv zu werden, nicht zu motzen, sondern unseren Landesjagdverband zu unterstützen. Eine Zukunftsperspektive der Jagd kann nicht von einer Handvoll engagierter Verbandsmitglieder erkämpft werden.

Weidmannsheil!

Dr. Adolf With
Leiter der AG Wolf des LJVSN

